

FACHTAGUNG

... 60 ... 62 ... 64 ... 67 ... oder länger??

Wer sich die Entwicklung der Rahmenbedingungen für den Polizeidienst seit dem Beschluss über die Förderalismusreform des deutschen Bundestages im Jahr 1998 ansieht, könnte den Eindruck gewinnen, dass die einzelnen Bundesländer in einen regelrechten Wettkampf untereinander eingetreten sind,

Auch beim Personalabbau von 1900 bis zum Jahr 2020 erreicht Brandenburg einen „guten zweiten Platz“ im Ranking der Bundesländer. Nur Sachsen übertrifft uns hier noch mit einem Personalabbau von 2400 bis zum Jahr 2020. Weiteres Thema bei den Verschlechterungen ist die Festlegung über die Lebensarbeitszeit der Polizeibeschäftigten. Auch hierbei strebt die Landesregierung in Brandenburg augenscheinlich einen „Spitzenplatz“ in der Negativskala an. Voraussetzungen dafür wurden bereits nach der letzten Landtagswahl durch die rot-rote Landesregierung geschaffen. So heißt es in der Koalitionsvereinbarung, dass die besondere Altersgrenze für Polizeivollzugsbeamte von 60 Jahren

klärt worden, dass eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte strikt abgelehnt wird, um die Handlungsfähigkeit der Polizei nicht zu gefährden. Durch die rot-rote Landesregierung wird mit einem neuen Eckpunktepapier zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit die oben beschriebene verschärfte Regelung leider vorangetrieben.

Soviel zur Glaubwürdigkeit von politischen Aussagen!

Die GdP wird auch weiterhin konsequent die Vorhaben der Landesregierung zur Verschlechterung der Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst kritisieren. Wir werden uns aber auch konstruktiv und mit eigenen Vorstellungen den Prozessen stellen.

Fachtagung

Um genau dort anzusetzen, fand am 2. April 2012 eine Fachtagung der GdP zur Lebensarbeitszeit im Kongresshotel in Potsdam statt. An der gut besuchten Veranstaltung nahmen ca. 90 Kollegin-



Andreas Schuster spricht zu den Teilnehmern der Fachtagung

Verschlechterungen für ihre Landesbediensteten vorzunehmen.

Ob bei Besoldung, Versorgung, Arbeitszeit oder Personalabbau, in allen Bereichen sind die jeweiligen Landesregierungen bemüht, die Spirale der Verschlechterungen voranzutreiben. Kürzungen im Beamtenbereich zu Gunsten des Landeshaushaltes sind an der Tagesordnung. Die Landesregierung in Brandenburg gibt sich alle erdenkliche Mühe, bei diesen Bestrebungen mitzuhalten. Sieht man auf die Besoldung, so ist es gelungen, im Ranking der Bundesländer die rote Laterne zu erreichen. Sonderzahlungen wie seit kurzem beim Bund wieder auf altem Niveau, sind in Brandenburg Fehlanzeige.

Erfolgreich wurde bisher auch die Verabschiedung einer eigenen Erschwerenzulagenverordnung verhindert, die in anderen Bundesländern eine Annäherung der Zulagen an den Bundesdurchschnitt erbracht hat. Neuregelungen zur Besoldung und Versorgung lassen auf sich warten, seit Monaten wird darüber auch mit der GdP verhandelt, ohne dass ein Ende absehbar ist.

zukünftig auf 62 Jahre angehoben werden soll. Allerdings nur beim Vorliegen von 20 Jahren Arbeit im Wechselschichtdienst. Für alle anderen Polizeivollzugsbeamten soll die besondere Altersgrenze entfallen, so dass zukünftig bis 67 Jahre gearbeitet werden müsste. Das heißt, es ist beabsichtigt, hier eine Erhöhung der Lebensarbeitszeit von sage und schreibe sieben Jahren vorzunehmen. Damit hätte Brandenburg im Ländervergleich die schärfste Regelung. Die Gewerkschaft der Polizei hat sich bereits im Jahre 2007 massiv gegen eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für Polizeibeschäftigte ausgesprochen. Eine damals von Innenminister Reiner Speer ins Leben gerufene Arbeitsgruppe kam zum Ergebnis, die Lebensarbeitszeit für Polizeivollzugsbeamte auf bis zu 64 Jahre zu erhöhen und eine Anpassung der Regelarbeitszeit bei allen anderen Beamten auf 67 Jahre vorzunehmen. Zum damaligen Zeitpunkt hat die Opposition im Brandenburger Landtag diese Pläne ebenfalls stark kritisiert. So ist in einer Sitzung der Fraktion „Die Linke“ am 19. 2. 2008 vollmundig gegenüber Gewerkschaftsvertretern er-



Prof. Dr. Nachreiner bei seinem Vortrag

nen und Kollegen, Politiker und Arbeitswissenschaftler teil.

Ziel der Fachtagung war es, noch vor Erstellung eines Gesetzentwurfes, mit allen politischen Kräften in Brandenburg das Für und Wider einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit wissenschaftlich zu beleuchten, intensiv zu diskutieren und eine Verständigung zu erreichen. Während der Tagung wurden durch den Landesbezirksvorsitzenden Andreas Schuster grundsätzliche Standpunkte der GdP erläutert. Als Gastreferent an dieser Ta-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

gung berichtete Herr Prof. Dr. Nachreiner, der im Auftrag der Landesregierung von Rheinland-Pfalz Untersuchungen zu den Auswirkungen der bereits erfolgten Verlängerung der Lebensarbeitszeit in diesem Bundesland durchgeführt hat, von seinen Ergebnissen.

U. a. führte er aus: „Wie die Ergebnisse einer Untersuchung bei der Polizei zeigen, führt die Verlängerung der Lebensarbeitszeit dazu, dass die Polizei damit zwar über mehr Personal verfügt, dass dieses Personal aber zu einem deutlich höheren Anteil aus (älteren) eingeschränkt diensttauglichen Beamtinnen und Beamten besteht – mit der Konsequenz, dass die jüngeren Beamtinnen und Beamten deren Aufgaben übernehmen müssen, was wiederum zu einer Zunahme von deren Belastung, Beanspruchung und Beanspruchungsfolgen führt; auch hier nachweislich nicht linear, sondern wiederum exponentiell. Das System schaukelt sich also mit der Zeit auf und wird ineffektiv und ineffizient – mit langfristig paradoxen Ergebnissen. Entscheidungen, die zu einer Zunahme der Belastung der Beschäftigten führen, müssen daher wieder stärker auch auf die kurz- und langfristigen Auswirkungen dieser Belastungen – auch im Hinblick auf die Intensität, Schwere oder Art der Belastung – analysiert und bewertet werden,

um sie in diese Entscheidungen einbeziehen zu können. Das betrifft Humankriterien, wie Schädigungslosigkeit oder Beinträchtigungsfreiheit, aber auch betriebs- und volkswirtschaftliche Kriterien, wie Produktivität oder Beiträge zum Sozialsystem, damit die vermeidlich so einfach zu kalkulierenden Gewinne der Erhöhung der Belastung nicht zu Ergebnissen einer rein ökonomischen Milchmädchenrechnung werden.“



Alwin Ziel und Dr. Markov

In einem Podium, in dem schwerpunktmäßig die berufliche Belastung des Polizeivollzugsdienstes diskutiert wurde, brachte Prof. Dr. Rothe (Uni Potsdam) die Ergebnisse einer von ihm in Brandenburg durchgeführten Studie zur Belastung in den Polizeipräsidien aus dem Jahre 2010 ein. Hier wurden bereits Schlussfolgerungen gezogen, die sich aus den stetig gewachsenen Krankenständen der Arbeitsverdichtung sowie des sozialen Umgangs innerhalb der Dienstbereiche ergeben. Entscheidende Maßnahmen zur Verbesserung in diesen Bereichen sind bisher jedoch in der Polizei nur ansatzweise umgesetzt und längst nicht abgeschlossen. In einer regen Debatte wurden die Themenfelder ganzheitliches Gesundheitsmanagement („...es muss gelebt werden und bei den Beschäftigten ankommen“), Führung (Reviere), Arbeitsverdichtungen durch Reformprozesse, hoher Krankenstand, flexible Arbeitszeitmodelle und die besonderen Belastungen des Polizeiberufes diskutiert.

In einer zweiten Podiumsdiskussion, in

der es um Beamtenversorgung und Demografie ging, kamen der Finanzminister Dr. Markov sowie alle anderen im Landtag vertretenen Parteien zu Wort. Hier kamen auch die Finanzen des Landes Brandenburg zur Sprache sowie das Ziel der Landesregierung, die Neuverschuldung im Land Brandenburg bis zum Jahr 2014 auf Null zurückzufahren.

Die GdP machte deutlich, dass eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit für die Polizeibediensteten nicht zu Einsparungen, sondern zu einem erheblichen Anwachsen der Pensionslasten führt.

Beleg dafür sind Untersuchungen in Sachsen, die dazu führten, dass Polizeivollzugsbeamte bis 2020 auch weiterhin abschlagsfrei mit Erreichen des 60. Lebensjahres aus dem Polizeivollzugsdienst ausscheiden können.

Andreas Schuster betonte in der Diskussion, dass die GdP für eine Flexibilisierung des Pensionseintrittsalters ist. Dies bedeutet, der Beamte bestimmt selbst, ob er vor dem Erreichen der besonderen Altersgrenze von 60 Jahren oder maximal zwei Jahre später in den Ruhestand treten möchte. Voraussetzung dafür ist, dass dieser Antrag




Rege Diskussion

Fotos: T. Kühne/W. Britt

zwingend auf Freiwilligkeit beruht, eine dienstliche Notwendigkeit besteht und gesundheitlich Eignung besteht.

In der Diskussion brachten der Vertreter der CDU, Herr Lakenmacher, Herr Büttner von der FDP und der Chef der Linken, Herr Ludwig, zum Ausdruck, dass sie sich für einen flexiblen Übergang in den Ruhestand einsetzen. Grundsätzlich

 **DEUTSCHE POLIZEI**
Ausgabe: **Landesbezirk Brandenburg**

Geschäftsstelle:
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 7 47 32-0
Telefax (03 31) 7 47 32-99

Redaktion:
Frank Schneider (V.i.S.d.P.)
Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon (03 31) 8 66 20 40
Telefax (03 31) 8 66 20 46
E-Mail: PHPRMI@AOL.com

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Forststraße 3 a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 33
vom 1. Januar 2011

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0949-278X



FACHTAGUNG



sie kein Wahlkampfversprechen in Betracht kommt und sie nach wie vor der Auffassung ist, dass solange die gesetzliche Regelung „Rente mit 67“ Bestand hat und auch die Beamten der Polizei bis 2029 an die rentenrechtliche Regelung angepasst werden müssen. Dabei gilt es jedoch zu beachten, für spezielle Erschwernisse flexible Übergänge zu schaffen und auch die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass die Beschäftigten in der Lage sind, länger im Erwerbsleben zu verbleiben. Alwin Ziel brachte für die SPD zum Ausdruck, dass er vollstes Vertrauen zum Innen- und Finanzminister hat, die einen durchdachten Gesetzentwurf auf den Weg bringen werden, der mit den Gewerkschaften abgestimmt wird.

Fazit der Fachtagung ist, dass wir als GdP mit aller Konsequenz die Zeit bis zur Verabschiedung eines Gesetzes nutzen müssen und werden, um unsere Positionen zur Lebensarbeitszeit zu vertreten und Druck auf die Politik auszuüben. Dies ist auch unser Auftrag aus unserer Mitgliederbefragung! Wir müssen vermeiden, dass Fehler (siehe Rheinland-Pfalz) zweimal gemacht werden. Hier zu-

mindest hat die Politik bewiesen, dass sie lernfähig ist und hat die Verlängerung der Lebensarbeitszeit nach unten korrigiert.

Wolfgang Britt



Diätenerhöhung im Eilverfahren

MEINUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

am 23. 3. 2012 konnte man in der Märkischen Oderzeitung unter der Überschrift „Höhere Diäten im Eilverfahren“ lesen, dass innerhalb von zwei Tagen der Weg freigemacht wurde, dass die Diäten unserer Landtagsabgeordneten ab diesem Jahr wieder steigen können.

Die entsprechende Gesetzesänderung passierte ohne Debatte einstimmig den Landtag Brandenburg. Weiter war zu lesen, ohne Diskussion und innerhalb einer Minute wurde am 22. 3. 2012 kurz vor der Mittagspause von allen Fraktionen in zweiter Lesung die Erhöhung der Diäten auf den Weg gebracht.

Vor dieser Leistung kann man wahrlich nur den Hut ziehen und die Damen und Herren Abgeordneten für ihre zügige Entscheidung beglückwünschen.

Ob der Zeitpunkt für dieses Prozedere klug gewählt war, wo draußen vor der Tür die Arbeitnehmer der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes standen und um eine Lohnerhöhung von 6,5 % kämpften, sei dahingestellt.

Nun liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Februarausgabe unserer Zeitschrift hatte ich mich dahingehend geäußert, dass alle Kolleginnen und Kollegen des Jahrgangs 1947 im Monat April 2012 keine Regelaltersrente bekommen werden, weil man es 2009 staatlicherseits versäumt hat, eine entsprechende Klausel in das Gesetz über ergänzende Bestimmungen zur Beamtenversorgung aufzunehmen.

Nun ist dieser Zustand eingetreten, den Kolleginnen und Kollegen des Jahrgangs 1947 wurden durch die Zentrale Bezügestelle des Landes Brandenburg die bisher gezahlten Versorgungsbezüge halbiert und die Regelaltersrente blieb aus. Dieser Umstand ist für einige Kolleginnen und Kollegen schon bitter, zumal sich alles verteuert hat und drei Jahre lang Zeit war, hier eine Entscheidung herbeizuführen.

Nun steht natürlich die Frage der Nachzahlung im Raum. In diesem Zusammenhang hatten viele unserer Kolleginnen und Kollegen Pensionäre zumindest auf eine positive Antwort des Finanzministeriums in Bezug auf die Umsetzung der „Vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehaltssatzes § 14 BeamtVG“ gehofft, aber auch hier bisher weit gefehlt.

Das macht wütend, das macht sauer und erzeugt entsprechende negative Gefühlsregungen. Wie wäre es hier zum Beispiel mit einem Eilverfahren in Sachen „ergänzende Bestimmungen zur Beamtenversorgung“ und Umsetzung der „Vorübergehenden Erhöhung des Ruhegehaltssatzes § 14 BeamtVG“? Auch vor einer solchen Leistung unserer Damen und Herren Abgeordneten würden wir gerne den Hut ziehen und sie für ihre zügige Entscheidung beglückwünschen und danken wollen.

Ebenfalls ein gut gemeinter Rat – vielleicht sollten doch einige Abgeordnete ihr Ohr wieder einmal näher an die Masse halten, um zu erfahren, wie sich ihre Mitmenschen, und hier spreche ich speziell für unsere Seniorinnen und Senioren der Polizei, fühlen, wie es ihnen geht und wie sie denken. Damit eben nicht der Gedanke der weit verbreiteten Vorurteile von der Selbstversorgungsmentalität der Politiker aufkommt.

Mit besten Grüßen Hans-Jürgen Senger



Frauentag 2012

Es stand die Idee im Raum, diesen Tag mal ganz anders, etwas aktiver zu gestalten. Inspiriert durch die bundesweite Aktion des Deutschen Olympischen Sportbundes „Gewalt gegen Frauen – nicht mit uns! – 2012“ unter der Schirmherrschaft von Regina Halmich und der Bundesministerin Dr. Kristina Schröder bot die Frauengruppe unseren organisierten Damen die Teilnahme an einem speziell für Frauen ausgelegten Selbstverteidigungskurs an. Um möglichst vielen Kolleginnen die Teilnahme zu ermöglichen, entschieden wir uns für die zentral gelegene SPORTSCHULE RAHN in Berlin als Durchführungsort.

Die Teilnahmezusagen kamen allerdings aus den verschiedensten Gründen sehr spärlich. Es gab viele Kolleginnen, die aus dienstlichen Gründen verhindert waren, dazu kamen einige krankheitsbedingte Absagen und natürlich der Fakt, dass man mit dieser Aktion in direkte Konkurrenz zu den alljährlich an diesem Tag regional durch die Kreisgruppen organisierten „Kaffeerunden bzw. gemütliches Beisammensein“ trat.

Letztendlich reiste eine kleine Gruppe Frauen aus den verschiedensten Arbeitsbereichen der Polizei des Landes Brandenburg, verstärkt durch die Gleichstellungsbeauftragte des Innenministeriums, Susanne Bernig, sowie die Vorsitzende des Polizei-Hauptpersonalrates und stellvertretende Vorsitzende des Geschäftsführenden Landesbezirksverbandes der GdP, Petra Schäuble, nach Berlin-Steglitz. Außerdem ließ sich unser Frauen-

gruppe-Verbindungsmann des GLBV, Thomas Kühne, die Teilnahme nicht entgehen.

Am frühen Nachmittag begrüßte uns vor Ort Herr Preiß, als durchführender Trainer und Geschäftsführer der SPORTSCHULE RAHN. „Die Sport-



Foto: S. Baselt

schule Rahm ist seit über 100 Jahren die Adresse für Selbstverteidigungstraining. Unser Anliegen ist es, Frauen (und Männern) gute Ausgangsmöglichkeiten bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung zu geben. Da wir Frauen ernsthaft lehren, sich gegen Übergriffe zu schützen.“ (Quelle: Homepage SPORTSCHULE RAHN)

Nach ein paar einführenden Worten begann Herr Preiß, uns eindrucksvoll Elemente der Selbstverteidigung zu vermitteln. Bestandteil waren u. a. Bewegungsformen im Stand bzw. in der Bodenlage, offensive oder defensive Aktionsstellungen, Meidbewegungen, Atem-

kombinationen an Schlagpolstern, Stockabwehr, Umklammerungsangriffe und vieles mehr. Von der Theorie ging es sofort mit dem Teampartner in die praktische Umsetzung. Jeder nahm für sich aus den 90 Minuten intensiven Trainings Eindrücke und Anregungen mit. Nach so viel sportlicher Betätigung gingen wir dann auch zum gemütlichen Teil des Nachmittags in der Pizzeria La Malga über. Im Restaurant nutzten wir die Gelegenheit, uns über das

gerade Erlebte auszutauschen und noch einige Themen der Arbeit der Frauengruppe anzusprechen. In der Gewissheit, den 8. März mal völlig anders erlebt zu haben, verabschiedeten wir uns am späten Nachmittag und traten die Heimreise in alle Himmelsrichtungen an.

S. Baselt

FACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI

Personal und Struktur an derzeitigen Bedarf anpassen und KDD stärken!

Erstmals in diesem Jahr traf sich am 12. 3. 2012 der GdP-Fachausschuss Kriminalpolizei, um sich ein aktuelles Bild über den Stand der Arbeitsfähigkeit der Kriminaldauerdienste (KDD), die Erfahrungen mit ZENTRAB I und verschiedene andere Themen zu machen, welche in Folge der Strukturreform auch für die Kriminalpolizei von Bedeutung sind. Die

Mitglieder, die in allen Bereichen der Kriminalpolizei arbeiten, berichteten in sehr sachorientierter Atmosphäre von ihren Erfahrungen.

Als wesentliches Thema für die Organisation Kriminalpolizei wird der vom Fachausschuss Kriminalpolizei seit langem geforderte und nunmehr in allen Direktionen eingeführte Kriminaldauer-

dienst betrachtet. Offensichtlich gibt es jedoch erhebliche Unterschiede in der Ausgestaltung und den daraus resultierenden Erfahrungen zwischen den Polizeidirektionen.

Der FA Kriminalpolizei fordert daher die schnellstmögliche Herstellung funktionierender KDD in allen Polizeidirektionen auf einem gleich hohen Niveau.



FACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI

Wie die ersten Erfahrungen zeigen, kann eine belastungsbezogene personelle und materielle Ausstattung und Dislozierung einen wesentlichen Beitrag zur Mitarbeiterzufriedenheit, insbesondere auch bei den Mitarbeitern der KKI, darstellen.

Der FA Kriminalpolizei fordert auch die Überprüfung und sinnvolle Vereinheitlichung der materiell-technischen Ausstattung der KDD / KT und der KKI. Der Fachausschuss Kriminalpolizei regt dafür eine landesweite Arbeitsgruppe an, in welcher auch die Ausstattung des WWD und der Revierdienste einbezogen werden sollte. Die Erfahrungen mit ZENTRAB werden überwiegend als positiv betrachtet. Jedoch gibt es noch ver-

schiedene qualitative Unterschiede und Problemfelder, die durch den schnellen Durchlauf der Strafverfahren und damit einhergehende Informationsbrüche verursacht werden.

Die Perspektive auf ZENTRAB II lässt befürchten, dass die Personalverschiebung wieder überwiegend zulasten der KKI geht. Dort ist bereits jetzt schon nicht ausreichend Fachpersonal vorhanden, welches ohnehin durch die Vielfältigkeit der Aufgaben stark belastet ist. Die ZENTRAB-Projekte sollen diesen Personalengpässen entgegenwirken. Der zunehmende Stellenabbau in den KKI, auch die vereinzelt regional steigenden Fallzahlen sowie die gegenwärtig unter-

schiedliche Einbindung von Präsenzdiensten führen langfristig so nicht zu den gewünschten Synergieeffekten.

Kritisch sieht der FA Kriminalpolizei, dass einige Organisationseinheiten bzw. Fachbereiche in der Polizei ihr Personal bereits jetzt schon auf das Soll 2020 ausgerichtet haben und die Belastungen für die Mitarbeiter stark angestiegen sind oder sie ihren Aufgaben nicht mehr vollständig gerecht werden (z. B. OFG, ME-GA, Staatsschutz). Auch in den Organisationseinheiten der Kriminalpolizei muss es möglich sein, bei Bedarf mit zusätzlichem Personal zu arbeiten.

Fachausschuss Kriminalpolizei

SENIOREN

Landesseniorenfahrt

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in der Zeit vom 4. bis zum 8. November 2012 wird die 3. Landesseniorenfahrt stattfinden.

Diesmal geht es nach Bayern, wo wir fünf Tage verweilen werden. Wir werden in dem schönen Örtchen Bischofgrün nächtigen, wo wir auch mit einem Willkommenstrunk begrüßt werden.

Es stehen uns Zimmer zum Preis von 370,- Euro pro Person zur Verfügung.

In diesem Preis enthalten sind außerdem:

- Fahrt mit einem Bus, welcher uns die ganze Zeit zur Verfügung steht
- Halbpension während der Zeit des Aufenthaltes
- Ausflug nach Bayreuth und Kulmbach mit Reiseleitung, Stadtrundfahrt, mit Besuch des Schlosses Bayreuth und der Eremitage, Besichtigung der Plassenburg in Kulmbach
- Rundfahrt durch das Fichtelgebirge bis nach Eger/Cz
- Ausflug zum Schloss Greifenstein in Heiligenstadt und nach Waischfeld zur Burg Rabenstein
- Besuch des BMW-Werkes in Leipzig

Für weitere Überraschungen wird gesorgt. Der Bus startet in Potsdam, eure Pkws können kostenlos geparkt werden. Die konkreten Abfahrtszeiten werden zeitnah mitgeteilt. Ich hoffe, dass Angebot findet euer Interesse. Wenn ja, ein Anmeldeformular ausfüllen und ab zur GdP-Geschäftsstelle.

Sigrig Graedtker
Vorsitzende Landesseniorengruppe

JUNGE GRUPPE

GEWERKSCHAFT DER POLIZEI BRANDENBURG JUNGE GRUPPE

5. Beach Volleyballturnier

20.06.2012

Ort: EJB Werbelinsee
Zeit: 08:00 - 16:00 Uhr
Mixed-Teams (1M / 1W)

Anmeldung über eure Vertrauensleute oder an A. Poitz
FD BD 07 - 228 - 197 oder per Mail

SIGNAL IDUNA **blaucrowd.de**
POLIZEI - Fanshop **psd Bank**



Die vergessene Schule oder der Umgang mit der eigenen Vergangenheit

Ein altes Sprichwort lautet: *Das Vergangene ist das künftige von heute oder: Wer die Vergangenheit kennt, versteht die Gegenwart und wird die Zukunft meistern.*

Von all diesen Weisheiten kann beim folgend beschriebenen Ereignis keine Rede sein oder es wurde einfach durch die entsprechenden Verantwortlichen im Innenministerium bzw. an der jetzigen Fachhochschule der Polizei vergessen, obwohl es 2008 einen Rückblick auf zehn Jahre Fachhochschule gab. Einige denkwürdige Jahrestage mit der Zahl 20 fielen in das Jahr 2011 und wurden u. a. z. B. bei einigen Universitäten und Hochschulen würdig begangen. Auch für die Polizei im Land Brandenburg gab es – wenn man sich denn auch erinnern wollte – so ein denkwürdiges Ereignis. Es ist der 1. Oktober 1991. Fast ein Jahr nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten. An diesem Tage wurde die erste Bildungseinrichtung für angehende Polizeibeamte im mittleren Dienst, die Landespolizeischule Brandenburg (LPS), in Basdorf offiziell eröffnet. Der



Der Sportplatz wird nach zwei Jahren Nichtnutzung wieder auf Vordermann gebracht



Erste Vereidigung an der LPS im Jahr 1992

erste Direktor dieser Schule war Herr Wetschereck. Dieser war ein Polizeibeamter des höheren Dienstes aus unserem damaligen Partnerland Nordrhein-Westfalen, welches beim Aufbau der inneren Strukturen der Polizei im Land Brandenburg Hilfe, Anleitung und Unterstützung leistete und auch Verantwortung übernahm. Etwa 180 Auszubildende – zum überwiegenden Teil aus dem Land Brandenburg – befanden sich zu eben diesem Zeitpunkt an der LPS. Diese schlüsselten sich in acht Klassen auf. Zwei Klassen waren mit ihren Lehrern aus NRW schon seit den Sommermonaten 1991 auf dem Territorium der Schule. Diese hatten zuvor in der Bereitschaftspolizeiabteilung (BPA) 3 in Wuppertal gelernt und studiert und wurden aus dem dortigen Verband der Lehrgruppe ausgegliedert und nach Basdorf zur weiteren Ausbildung verlegt. Diese zukünftigen Polizisten rekrutierten sich in der Regel aus allen ehemaligen Dienststellen der VP und anderer bewaffneter Organe aus den damaligen Bezirken Potsdam, Frankfurt/O. und Cottbus. Die anderen sechs Klassen begannen ihre Ausbildung im Rahmen der 2. Lehrgruppe am 1. Oktober 1991 und kamen über ein Auswahlverfahren aus allen Berufsgruppen und Tätigkeitsfeldern zur LPS, um als erste Polizeibeamte im Land Brandenburg den Fachabschluss 1 (F 1) in zwei und einem hal-

ben Jahr zu erreichen. Das weiterhin Bemerkenswerteste dieser Lehrgruppe war, dass die Altersstruktur der Auszubildenden von 16 (12 Auszubildende!) bis 27 Jahren war. Eine weitere Novität ergab sich auch daraus, dass ca. 25% der Auszubildenden Mädchen und junge Frauen waren. Um dieses Personal auszubilden und zu schulen, befanden sich u. a. seit dem 2. September 1991 zehn Fachlehrer/Ausbilder aus dem Land Brandenburg im Rahmen des Aufbaustabes der LPS in Basdorf, um die Übernahme der einzelnen Klassen vorzubereiten. Die gen. Fachlehrer/Ausbilder wurden zielgerichtet durch einen 1-jährigen Vorbereitungslehrgang in mehreren Schulen und Dienststellen des Landes NRW auf ihre Tätigkeit an der LPS vorbereitet und kamen alle größtenteils aus dem neu entstandenen Bundesland Brandenburg. Diese „einheimischen“ Fachlehrer bildeten zusammen mit einem Lehrgruppenleiter,



Ca. 30 Mio. Euro wurden bis 2006 in Basdorf investiert

einem Innendienstmeister sowie einem weiteren Fachlehrer und einem Ausbilder aus NRW das Lehr- und Ausbildungspersonal der neu entstandenen Lehrgruppe (2. LG), welche die Aufgabe hatte, den Personalbestand an Auszubildenden zum F 1 bis April 1994 zu führen. Hinzu kam, dass diese Lehrgrup-



MEINUNG

pe zum 1. Dezember 1991 um weitere zwei Klassen (ca. 45 Auszubildende) aufgestockt wurde, die binnen kurzer Zeit an das Niveau der anderen sechs Klassen herangeführt werden mussten.

Zur LPS gehörte zu diesem Zeitpunkt noch das Schloss Neu- deck bei Herzberg, sowie ein Schulungszentrum am Liepnitzsee (Wandlitz). Hier, aber auch in der Liegenschaft der LPS selbst, wurde die (Anpassungs-)Fortbildung aller Polizeibeam-



Richard von Weizsäcker 1992 zu Besuch an der LPS

ten/-innen des Landes Brandenburg in den folgenden Jahren verstärkt durchgeführt. Die gesamte Abteilung Fortbildung – die ebenfalls zur LPS gehörte – stand unter der Leitung von Herrn Waldhelm, der ebenfalls aus einer Dienststelle in NRW zum Aufbaustab und später zur LPS abgeordnet wurde. Des Weiteren gehörte zur LPS eine Großküche (incl. Speiseräumen) mit entsprechendem Personal, eine Personalabteilung, Wirtschaftseinrichtungen (Kfz-Werkstatt, Tischlerei, Heizhaus, Reinigungskräfte, Schlosser, Elektriker etc.), ein Medienzentrum, eine Aula, ein Med.-Punkt, eine Lehrmittelstelle, eine Gaststätte sowie eine Bibliothek. In dieser Liegenschaft insgesamt waren bis Anfang 1990 vier VP-Bereitschaften (ca. 2000 Bereitschaftspolizisten zugehörig zur Stadt Berlin) stationiert. Diese hinterließen noch eine gehörige Anzahl von Ausrüstungsgegenständen, selbst gepanzerte Technik (Schützenpanzerwagen), die zum Teil auch noch zur Eröffnung der Schule in den Garagen u. a. Räumen standen und herumlagen.

Die Unterkunftsgebäude, in denen z. T. auch die Schulungsräume waren, sowie die anderen Bürogebäude waren zur entsprechenden Nutzung spartanisch und zweckmäßig hergerichtet. Zum damaligen Zeitpunkt waren der überwiegende Teil der Auszubildenden, aber auch der Fachlehrer/Ausbilder, „kaserniert“, meistens in Zwei-Bett-Zimmern untergebracht und konnten somit auch auf Grund der räumlichen Trennung nur an den Wochenenden nach Hause fahren.

Es gehörte damals schon eine Menge Fantasie und Vorstellungsvermögen dazu, um auf diesem Gelände eine Polizeischule zu errichten. Die Geschichte zeigte jedoch in den 90er Jahren, dass der Optimismus und Enthusiasmus der ersten Monate und Jahre später reiche Früchte trug. Das Land brauchte so schnell wie möglich gut ausgebildete und vielseitig einsetzbare Polizistinnen und Polizisten, die in der Lage waren, die neuen Rechtsnormen und Vorschriften in der Praxis allumfassend anzuwenden und umzusetzen. Gerade in „der Umbruchzeit“ existierte unter den Polizeiangehörigen verständlicherweise

ein gehöriger Teil Rechtsunkenntnis und somit auch Rechtsunsicherheit, zumal auch eine ziemlich „rechtsfreie Zeit“ im Jahr 1990 existierte. Die alten Gesetze der DDR waren „out“ und die neuen Gesetze durften noch nicht angewendet werden. Die Polizei in Brandenburg war plötzlich mit für sie völlig neuen Straftatbeständen (z. B. Rechtsextremismus, Rauschgiftkriminalität, Umweltkriminalität) konfrontiert. An der LPS in Basdorf wurde diesen Besonderheiten in der Lehre und Ausbildung Rechnung getragen. Auch wenn die ersten Auszubildenden, Fachlehrer und Ausbilder in den ersten Monaten nicht einmal eine Uniform hatten, brachte diese Situation gerade in der praktischen Ausbildung zwar eine zusätzliche Erschwernis, aber sie wurde mit Improvisationsvermögen gemeistert. Es wurde großes Augenmerk auf die Prämisse gelegt, dass sich eine Schule in erster Linie aus „Schülern“ und Lehrern definiert. Dieser Artikel soll nur eine kleine Reminiszenz der ersten Anfänge, des Beginns an der LPS Brandenburg sein, und erhebt nicht den Anspruch, dass alle Details, alle Nuancen und Momente genannt wurden.

Hierbei sind die vielen anderen späteren Projekte, Initiativen und natürlich die Aus- und Fortbildung sowie Aufstiegslehrgänge vieler weiterer Polizeibeamter des Landes Brandenburg in den folgenden Lehrgruppen gar nicht genannt oder ist darauf eingegangen worden. Was in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt werden darf, ist die Tatsache, dass die Gewerkschaft der Polizei mit dem ersten Tag an der LPS Basdorf präsent war. Hier engagierte sich in hervorragender Art und Weise Michael Seidenschwanz, dem es binnen kurzer Zeit gelang, eine funktionierende Kreisgruppe zu bilden. Diese dominierte dann auch den Personalrat, der sofort die Interessen der



Tag der offenen Tür und Vereidigung im Jahr 1994

Fotos: Archiv FHPol

Auszubildenden und des Lehr- und Fachpersonals im ausgewogenen Verhältnis gegenüber der Dienststellenleitung vertrat.

Dieser Artikel soll einfach darauf aufmerksam machen, dass es ein polizeiliches Ausbildungsleben vor der Gründung der jetzigen Fachhochschule der Polizei (Fusion LPS Basdorf und FHS Bernau im Jahr 1998) gegeben hat und dass es wert ist wert sein muss, die LPS als festen Bestandteil der gesamten Geschichte der Aus- und Fortbildung der Polizeiangehörigen im Land Brandenburg zu erwähnen und in Erinnerung zu halten.

Reinhard Kunde

Mitglied der Kreisgruppe Cottbus /Spree-Neiße (Senioren)



BILDUNGSWERK

MC Fit Ü 40

Präventionssportlehrgang für über 40-jährige Kollegen der GdP vom 24.-26. August 2012

Es ist soweit, das Bildungswerk der GdP BB veranstaltet zum dritten Mal das „MC Fit Ü 40“-Seminar in Kienbaum. Und ihr dürft dabei sein. Das Seminar findet wie immer im Olympiastützpunkt Kienbaum statt.

Mit den Trainern Jan, Ralf und Frank schnuppert ihr ein Wochenende lang olympische Luft, bewegt euch rhythmisch beim Aroha und Qigong, jongliert Gymnastikbälle, dehnt Therabänder, spielt im Sand Volleyball, lernt jede Menge wissenswertes über Körper, Geist und Ernährung und vieles andere mehr.

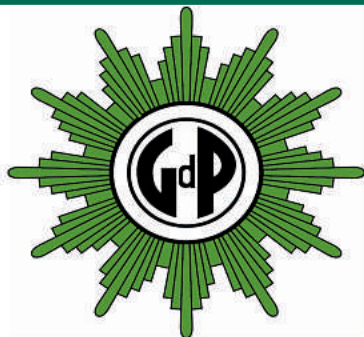
Was ihr jetzt lediglich noch tun müsst, ist euch anzumelden. Wer nicht weiß wie, der fragt seinen KG-Vorsitzenden oder klickt sich durch die Homepage der GdP Brandenburg.

Wir freuen uns auf euch.

Euer Teamer
Mathias Ziolkowski
(07-641-2168)

1 Mehrzweckhalle, mit Wurf-/Stoßbereich
2 Sportmedizin, Massage, Sauna, Whirlpool
3 Badegewölbe I
4 Sechseckturnhalle, 40 - 80 Personen
5 Spießsaal und Tagungsgebäude, Sportstrasse, Kapellplatz, Dart, Billard
6 Fitness-Sauna
7 Pavillon 1-4, 2-Bath-Zimmer, TV, Skulptur
8 Fußballplatz, Ortschaft, Kienfeld
9 Leichtathletikanlage, 5 Bahnen
10 Ötzen-Rennbahn, 1000 m und 5000 m
11 Laufhalle, 365 m, Sporthallen
12 Boothaus
13 Werkschau
14 Karu-Rennstrecke 1000 m, 800 m
15 Sechseckturnhalle, 25 bis 40 Personen
16 Unterkunftsgebäude, 1 bis 3-Bettzimmer
17 Athletenhalle
18 Badegewölbe II
19 Kanuzentrum
20 Hörsaalgebäude
21 Beachvolleyball, 2 Felder
22 Tennisplätze
23 Kastrum
24 Hauptgebäude, Verwaltung, Wintergarten, Unterkante
25 Rezeption, Kiosk
26 Turnhalle
27 Schwimmhalle, 5 Bahnen à 25 m, Fußballdeckel

Anzeige



EINLADUNG

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Vorstände der Kreisgruppen Cottbus/ Spree-Neiße,
Dahme- Spree, Oberspree- Lausitz und Elbe- Elster laden
euch herzlich zur Mitgliederversammlung am

Donnerstag, den 10. Mai.2012, ab 16.00
Uhr ein!

Was wollen wir zur Tagesordnung erheben?

1. Zusammenschluss unserer vier Kreisgruppen zur „Kreisgruppe SÜD“ nach formeller Auflösung unserer vier Kreisgruppen, Entlastung der alten Vorstände sowie der Kassenberichte
2. Wahl des Vorstandes der Kreisgruppe Süd
3. Wahl der Mitglieder zu den Fachausschüssen, Landesbezirks-kontrollausschuss sowie zum Landesbeirat
4. Wahl unserer Hauptvertrauensleute in den Inspektionen, Stabsbereich und Kriminalpolizei Direktion
Zu Top 2 – 4 erwarten wir auch eure Vorschläge!
5. Diskussion/ Sonstiges zu aktuell anstehenden Problemen/ Fragen

Andreas Schuster hat sein Erscheinen zugesagt.

Das RADISSON BLU HOTEL, in 03048 Cottbus, Vetschauer Straße 12, (direkt am Hauptbahnhof) erwartet uns mit Gastfreundschaft und einem Imbiss. Deshalb bitten wir euch um Teilnahmemeldung bis zum 04.05.2012 an eure Vorstände. Auch bitten wir um Bildung von Fahrgemeinschaften. Reisekosten werden erstattet.

Kerstin Ohde, Jürgen Kunze, Uwe Lorenz und Holger Schiffner

